

Bonn/Berlin

„Echte Katastrophe“

Professor Werner Jann, 46, Verwaltungswissenschaftler an der Universität Potsdam, über die Verteilung der Bundesregierung auf die Städte Berlin und Bonn

SPIEGEL: Warum sind Sie dagegen, daß Deutschland künftig von Berlin und Bonn aus regiert wird?

Jann: Wenn wir an dem sogenannten Kombinationsmodell festhalten, demzufolge nur einige Ministerien nach Berlin umsiedeln und alle Ressorts in beiden Städten Dienstsitze unterhalten sollen, droht eine echte Katastrophe: Das Regieren wird noch teurer, langsamer und ineffektiver als ohnehin schon. Und das wissen alle Beteiligten.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Jann: Kein anderer europäischer Staat leistet sich eine derart altmodische, verkrustete Ministerialverwaltung wie wir. Nur ein Drittel der Regierungsbü-

rokratie nimmt echte ministerielle Aufgaben wahr. Mein Vorschlag: Die Ministerien werden radikal auf ihre konzeptionell und gestaltend tätigen Bereiche beschränkt, und alle – bedeutend kleineren – Ressorts gehen nach Berlin. Damit würde zugleich der Umzug billiger und einfacher.

SPIEGEL: Kommen Sie nicht reichlich spät mit solchen Reformwünschen?

Jann: Mit dem Argument, es sei keine Zeit mehr, haben Parteien und Regierung seit 1991 immer wieder Modernisierungsdebatten totgeschlagen. Umzugsorganisation und Verwaltungsreform wurden bisher hermetisch voneinander isoliert. Bei entsprechendem politischem Willen ließe sich jetzt noch die einmalige Chance zur Reform nutzen.

SPIEGEL: Erhalten nicht die Umzugsgegner Auftrieb, wenn die Umzugsplanung jetzt in Frage gestellt wird?



D. KONNERTH / LICHTBLICK

Jann

Jann: Ich glaube nicht, daß das Parlament es wagen wird, sich mit einer Revision der Entscheidung für Berlin vor aller Welt lächerlich zu machen. Es gibt mittlerweile kaum noch Politiker oder Ministerialbeamte, die eine zweigeteilte Regierung befürworten. Sie sagen es bloß nicht laut.



Ankunft von Aussiedlern in Frankfurt

Aussiedler

Sprachtest vor Ort

Bonn will die Spätaussiedler in Osteuropa und den GUS-Ländern drängen, sich vor dem Umzug in die Bundesrepublik intensiver die deutsche Sprache anzueignen. Aussiedler, die über die einfachen gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Deutschkenntnisse nachweisen, sollen, so das neue Konzept, „durch ein beschleunigtes Aufnahmeverfahren belohnt werden“.

Wer kein oder nur mangelhaftes Deutsch spricht, muß mindestens ein halbes Jahr lang büffeln, bevor er sich wieder prüfen lassen kann. Zum Zweck der Früherkennung wird zudem künftig verstärkt in den Herkunftsge-

bieten geprüft. In der ehemaligen Sowjetunion sollen in Kürze 10 „Sprachtestteams“ des Kölner Bundesverwaltungsamts mit 20 Prüfern und 10 Übersetzern ihre Arbeit aufnehmen, Ablösung jeweils nach drei Monaten. Veranschlagte Kosten: 2,6 Millionen Mark in 1996 und danach jährlich 14 Millionen Mark. In einem Rundschreiben an die „lieben Deutschen in der GUS“ hat der Regierungsbeauftragte Horst Waffenschmidt (CDU) Anfang Mai jene Aussiedler, denen der Test vor Ort erspart bleibt, vor falschen Angaben über ihre Deutschkenntnisse gewarnt: Sie könnten dann „nicht damit rechnen, in Deutschland als Spätaussiedler anerkannt zu werden“ und müßten „gegebenenfalls wieder ins Herkunftsgebiet zurückgehen“.

China/Deutschland

Erst mal wegpacken

Die „hervorragenden deutsch-chinesischen Beziehungen“ (Kanzler Helmut Kohl) sind derzeit leicht gestört. Bonns Botschafter in Peking, Konrad Seitz, wurde Mitte Mai ins chinesische Außenministerium einbestellt. „In deutlicher Sprache“, so ein Diplomat, beschwerten sich die Chinesen über die geplante Tibet-Resolution des Bundestages. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich „verstärkt dafür einzusetzen“, daß die Menschenrechte in Tibet respektiert werden. In der Resolution heißt es, der völkerrechtliche Status Tibets – für China Teil seines Staates – sei „strittig“.

Doch auch Bonn fand Seitz Grund zur Beschwerde. Tage zuvor hatte der Gesandte Walter Nocker im Außenamt eine Protestnote überreicht, weil Peking chinesische Künstler nicht zu einem Kulturfestival nach München fahren lassen will, falls im Rahmenprogramm über Menschenrechte diskutiert werde. Die Demarche ließ Peking jedoch kalt. Den Organisatoren des Festivals wurde bedeutet, die Tickets für die chinesischen Teilnehmer könnten sie erst mal wieder wegpacken.



W. SCHÜRING

Seitz